



---

## Ausarbeitung

---

### Hintergrund der Entwicklung des Tuareg-Konflikts in Mali



**Hintergrund der Entwicklung des Tuareg-Konflikts in Mali**

Verfasser/in: [REDACTED]  
Aktenzeichen: WD 1 – 3000 - 129/12  
Abschluss der Arbeit: 9. November 2012  
Fachbereich: WD 1: Geschichte, Zeitgeschichte und Politik  
Telefon: [REDACTED]

---

## Inhaltsverzeichnis

<b>1.</b>	<b>Einleitung</b>	<b>4</b>
<b>2.</b>	<b>Die politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten in Mali</b>	<b>5</b>
<b>3.</b>	<b>Der Tuareg-Konflikt in Entstehung und Entwicklung bis 2002</b>	<b>6</b>
3.1.	Konfrontation 1960-68	6
3.2.	Scheinruhe und neue Probleme 1968-1991	8
3.3.	Versuch einer Konfliktbereinigung: Das Tuaregproblem in der demokratischen Ära des „Pacte National“ 1991-2002	10
<b>4.</b>	<b>Eine neue Dimension: Wiederaufflammen des Konflikts und Überlagerung mit dem Problem des Islamismus 2002-2012</b>	<b>13</b>
4.1.	Die Veränderung der „Mentalitäts“-Lage in Mali nach dem 11. September 2001	13
4.2.	Haltung der Tuareg zur aktuellen Rebellion	14
4.3.	Radikale Zusammenkünfte	15
4.4.	Fazit	16
<b>5.</b>	<b>Literaturanhang</b>	<b>17</b>
<b>6.</b>	<b>Sonstige Literatur</b>	<b>17</b>

## 1. Einleitung

Jüngsten Aussagen der Bundesregierung zufolge schließt Deutschland gegenwärtig nicht mehr aus, sich mit Einheiten der Bundeswehr an einer Lösung des Mali-Konflikts zu beteiligen.<sup>1</sup> Seit dem Putsch im April befindet sich das westafrikanische Land an den Ausläufern der Sahara in einem Zustand innerer Auflösung. Speziell der Norden des Landes wird von rebellierenden Stämmen, vor allem Tuaregs, kontrolliert und bildet eine Plattform für Aktivitäten islamistischer Terroristen. Ein Ableger des Al Qaida-Netzwerks hat sich dort in den vergangenen zehn Jahren festgesetzt und baut mit Tolerierung der Tuaregs derzeit seine Operationsbasis systematisch aus. Nicht nur die malische Regierung in der im Süden des Landes gelegenen Hauptstadt Bamako sorgt sich angesichts dieser Entwicklung. Dies tun auch jene gesellschaftlichen Kräfte, die hinter dem Militärputsch vom Frühjahr stehen, der offiziell mit dem mutmaßlichen Versagen der legitimen Regierung im Kampf gegen den Terrorismus im quasi-autonomen Nordteil des Landes begründet wurde.<sup>2</sup> Auch die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS, die UNO und hochrangige Staaten der westlichen Welt (USA, Frankreich) sehen im schleichenden Vordringen des fundamentalistischen Islamismus eine potentielle Gefahr für die Zivilisation der freien Welt und haben die Putschisten aufgefordert, rasch zu verfassungsmäßigen Verhältnissen zurückzukehren, um sich dem Kampf gegen den Terrorismus widmen zu können. Bis zum 19. November möchte die UNO eine Entscheidung getroffen sehen, die eine solche Rückkehr zur Normalität anstrebt. Dabei denkt der UN-Sicherheitsrat auch an ein militärisches Eingreifen der ECOWAS.<sup>3</sup> Vor diesem Hintergrund sind die Überlegungen von Bundesaußenminister Westerwelle und Verteidigungsminister de Maizière zu sehen, dass Deutschland sich einer internationalen Lösung zur Konfliktbereinigung nicht verschließen können werde.<sup>4</sup>

Diese Entwicklung scheint Grund genug, sich mit der Frage zu beschäftigen, was hinter dem Konflikt in Mali steckt. Insbesondere seine Verflechtung mit dem Schicksal der Tuaregs bedarf einer Erklärung. Wie war das Verhältnis der Tuareg zu Mali und Niger? Welches sind die Organisationen, die sich mit der Unabhängigkeitsfrage der Tuareg auseinandersetzen? Gibt es soziale Wurzeln für den Konflikt, und sind die Tuareg national unterdrückt worden? Vorliegende Ausarbeitung versucht auf diese Fragen eine Antwort zu geben.

---

1 „Regierung schließt Mali-Einsatz nicht aus“, Artikel im Hamburger Abendblatt vom 05.11.2012, online abrufbar unter <http://www.abendblatt.de/politik/deutschland/article110616182/Regierung-schliesst-Mali-Einsatz-nicht-aus.html> (letzter Aufruf am 6. November 2012).

2 Vgl. Lohmann, Nach dem Militärputsch, S.6.

3 Vgl. Artikel „Kein Kampfeinsatz in Mali“ in der FAZ vom 27.10.2012, S.5.

4 Vgl. ebd.

## 2. Die politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten in Mali

Einleitend erscheint es erforderlich, Mali als Ganzes in den Blick zu nehmen, um sich einen Überblick über die dortigen Verhältnisse zu verschaffen. Deren Kenntnis kann kaum vorausgesetzt werden; zu Recht wurde im Deutschen Bundestag unlängst Afrika insgesamt als der „vergessene Kontinent“ bezeichnet, über den Beobachter der westlichen Welt zumeist nur wenig bis gar nichts wüssten.<sup>5</sup>

Der Binnenstaat Mali mit Grenzen zu sieben anderen afrikanischen Ländern, darunter Mauretanien, Algerien, Burkina Faso und Niger, gehört zu den ärmsten Ländern der Welt. Er nimmt im Human Development Index den drittletzten Platz ein (Position 173 von 175). Mali hat kaum Bodenschätze und exportiert im Wesentlichen lediglich Baumwolle und in geringen Mengen Gold.<sup>6</sup>

Die Konzentration auf diese der Binnenwirtschaft kaum dienlichen Produkte ist ein Relikt aus der Kolonialzeit Malis. Frankreich, das nach 1883 die Oberherrschaft über den islamischen Staat ausübte, betrachtete Mali wie alle seine Besitzungen in Afrika als Rohstofflieferanten und sorgte für Monokulturen im Land, die auf die Importbedürfnisse der Kolonialherren in Paris ausgerichtet waren. Auf autochthone Belange wurde dabei nicht geachtet. Die hierdurch entstandene Verkrustung des Produktionssektors ließ sich auch nach dem Ende der Kolonialherrschaft 1960 nicht aufbrechen. Der Versuch des ersten gewählten Staatspräsidenten Modibo Keita, durch Sozialisierung modernere Wirtschaftsstrukturen einzuführen, führten zwar zu engen Kontakten mit anderen sozialistischen Staaten, insbesondere zum China Maos, und entsprechender Entwicklungshilfe von diesen Ländern.<sup>7</sup> Dazu vermerkt ein Kenner der Geschichte des afrikanischen Landes: „Da sich Mali in einem schwierigen postkolonialen Kontext in Westafrika gegen den Druck der ehemaligen Kolonialmacht für ein sozialistisches Regime entschied, hatten beide Länder [Mali und China, V.S.] in der Zeit des Kalten Krieges gemeinsame Interessen.“<sup>8</sup> Von 1966 bis 2003 erhielt Mali von Peking 30 Mio. US-Dollar an Spenden und 132,6 Mio. US-Dollar zinslose Darlehen.<sup>9</sup> Dennoch kam die Wirtschaft nicht in Gang.

Dies war ein Grund für die Instabilität des Landes nach der erlangten Unabhängigkeit.<sup>10</sup> Der erste von bisher drei Militärputschen in Mali<sup>11</sup>, der 1968 den Offizier Moussa Traoré an die Macht brachte, hatte in wachsender Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem wirtschaftlichen Unver-

---

5 Vgl. dazu die Debatte vom November 2011 zum Antrag der SPD „Nachhaltige Entwicklung in Subsahara-Afrika durch die Stärkung der Menschenrechte fördern“ – Drs 17/7370“, z.B. den Redebeitrag von MdB Frank Heinrich, CDU/CSU. Genaue Quellenangabe im Literaturverzeichnis.

6 Zahlenangaben nach Marfaing, S.2.

7 Ebd., S.4.

8 Ebd.

9 Ebd.

10 Vgl. Hanke, S.92.

11 1968, 1993 und 2012. Der Putsch von 1993 scheiterte.

mögen Keitas seine Ursache und diente der antisozialistisch eingestellten Armee als Vorwand, die Macht zu übernehmen.<sup>12</sup> Ohne die besonderen Beziehungen zu China zu beenden, die noch heute die Diplomatie des Landes prägen und Chinesen mittlerweile zur bedeutendsten Einwanderergruppe in Mali gemacht haben<sup>13</sup>, gab es zwischen 1968 und 2002 eine zunehmende Öffnung nach Westen in der Hoffnung, ökonomische Verbesserungen zu erreichen. Dabei wurden insbesondere die Kontakte zur ehemaligen Kolonialmacht Frankreich wiederbelebt. Dem zurückkehrenden Einfluss von Paris ist es letztlich zuzuschreiben, dass die Militärdiktatur in Mali 1991 beendet werden konnte und zwischen 1992 und 1995 eine Demokratisierungswelle das Land erfasste. Diese Demokratisierung bescherte Mali Jahre der inneren Beruhigung und brachte relativen wirtschaftlichen Fortschritt mit sich.<sup>14</sup>

Zu den Problemen freilich, die es auch in dieser Beruhigungsphase in beträchtlichem Ausmaß gab, ja die gerade damals in den Vordergrund drängten, gehörte die Auseinandersetzung mit einem Nomadenstamm im Norden Malis, der gemeinhin unter dem Namen Tuareg (bisweilen auch Touareg geschrieben) bekannt ist.<sup>15</sup>

### 3. Der Tuareg-Konflikt in Entstehung und Entwicklung bis 2002

Beobachter der Verhältnisse Malis nennen den Konflikt mit den Tuaregs alt.<sup>16</sup> Dies tut etwa Stefanie Hanke. In ihrer 1999 erschienenen Dissertation zur Demokratisierung Malis in den 1990er Jahren verweist sie auf die bis zur Staatsgründung 1960 zurückreichenden Wurzeln des Konflikts. Obwohl Gründungspräsident Modibo Keita sich um nationalstaatliche Integration bemüht habe und jede Form ethnischer Auseinandersetzungen vermeiden wollte, seien auch unter seiner Herrschaft die im Norden nomadisierenden Tuareg zunehmend exkludiert worden.

#### 3.1. Konfrontation 1960-68

„Nach der Unabhängigkeit hatte die malische Armee die Verwaltungsposten im Norden übernommen, die von den französischen Kolonialherren zurückgelassen worden waren. Aufgrund der räumlichen Abgeschiedenheit und der klimatischen Härte wurde eine Versetzung in den Norden jedoch zumeist als eine Bestrafung empfunden, und zahlreiche Übergriffe der zumeist mit

---

12 Vgl. ebd., S.94 sowie Marfaing, S.3 und S.3 Fußnote 6.

13 Vgl. Marfaing, S.4.

14 Ebd., S.2 sowie Hanke, passim. Dieser wirtschaftliche Fortschritt darf freilich nicht überschätzt werden. Annette Lohmann schreibt über die wirtschaftliche Lage Malis vom Jahr 2000 bis heute: „Insgesamt ist Mali von hoher Arbeitslosigkeit, gerade unter Jugendlichen, von Korruption und einem schwachen Wirtschaftswachstum geprägt. Auch gehört Mali nach wie vor zur Gruppe der LDC (least developed countries). Es gibt nur wenig verarbeitende Industrie und kaum etwas wird exportiert. Im Gegenteil: Mali importiert den überwiegenden Teil seiner Güter und hat eine deutlich negative Außenhandelsbilanz. Im Norden Malis ist die sozioökonomische Lage besonders angespannt.“ Lohmann, Nach dem Militärputsch, S.7.

15 Vgl. dazu grundsätzlich die Bücher von Göttler (Die Tuareg) und Dayak (Die Tuareg-Tragödie), genaue Titelangaben im Literaturverzeichnis.

16 Vgl. z.B. Lohmann, Who owns the Sahara?, S.5.

---

Militärs besetzten Verwaltung gegen die Bevölkerung waren an der Tagesordnung. Zunehmend wurde diese militärisch-administrative Präsenz von den Touareg als eine Form der Besetzung empfunden. Während der Kolonialzeit hatten die Touareg die weißhäutigen Europäer trotz aller Auseinandersetzungen als gleichberechtigt wahrgenommen und fanden sich nun 'unter der Herrschaft der dunkelhäutigen Bambara, Neger in ihren Augen, die zu nichts nutze waren, als Felder zu bestellen und Sklavenarbeit zu leisten'.<sup>17</sup>

Hanke schreibt, dass infolge dieser herkunftsstolzen Einstellung der Tuareg, die einen mindestens latent rassistischen Unterton besitzt, bereits 1963 erste Revolten gegen die Zentralregierung begannen. Die Bemühungen Keitas, eine stärkere soziale und politische Kontrolle über die Tuareg auszuüben, stieß auf erbitterten Widerstand des Nomadenvolkes. Die Tuareg lehnten nach Hanke jede Form der Einbindung in ein Gemeinwesen ab.

„Zunehmend kam es zu spontanen Übergriffen gegen militärische, administrative und zivile Einrichtungen. Ein Ziel war dabei, doch noch eine Eingliederung in den neuen Staat Mali verhindern zu können und eine eigenständige Region zu bilden. Anlässlich eines Besuches Modibo Keitas in Kidal (einer Stadt im Nordosten Malis, V.S.) macht dieser allerdings deutlich, daß er keinerlei Widerstand gegen seine Pläne der Errichtung eines sozialistischen Nationalstaates dulden würde.“<sup>18</sup> Angeblich habe der sozialistische Gründerpräsident den Tuareg mit Exterminierung gedroht, wenn sie ihren Widerstand nicht aufgeben würden.<sup>19</sup> Tatsächlich führte die malische Armee daraufhin „beispiellose Vernichtungsschläge gegen die materiell und personell unterlegenen Touareg, die gegen eine mit modernstem Gerät ausgerüstete Armee keine Chance hatten. Zehntausende Touareg flüchteten nach Norden, in den Westen Algeriens. Unter den Zurückbleibenden richteten die Militärs teilweise grausame Massaker an. Die mit algerischen Waffen unterstützte Rebellion, die zeitweise die Hälfte der malischen Armee in Atem hielt, brach erst nach dem Tod des wichtigsten Rebellenführers im Jahr 1964 zusammen.“<sup>20</sup>

Hanke bilanziert die Ursprünge des Tuareg-Problems in der Gründerphase Malis folgendermaßen:

Die Tuareg hätten sich in den frühen 1960er Jahren als die einzige Gruppe erwiesen, „die sich mit Gewalt gegen die Einbindung in einen Nationalstaat wehrte, der für sie unvereinbar mit ihrer sozialen, politischen und ökonomischen Ordnung erschien. Modibo Keita reagierte mit aller Härte und löste diesen Konflikt mit Gewalt auf. Damit war jedoch keinerlei Einbindung in nationalstaatliche Strukturen geleistet worden. Die Touareg waren weder im Parlament noch in der Regierung vertreten. Sie blieben marginalisiert und verfügten über keinerlei Stimme, mit der sie ihre Interessen auf nationaler Ebene hätten repräsentieren können.“<sup>21</sup>

---

17 Hanke, S.91.

18 Ebd.

19 Vgl. ebd.

20 Ebd.

21 Ebd., S.91-92.

---

Dass damit trotz des Gewalteinsatzes der Regierung das Tuaregproblem nicht wirklich gelöst, sondern lediglich vorübergehend unterdrückt wurde, ist nach Hanke klar. Sie schreibt, das Problem sei vom autoritär-sozialistischen Keita-Regime „in die Zukunft verschoben worden – wo es sich in seinem Gewaltpotential um ein Vielfaches steigern sollte.“<sup>22</sup>

### 3.2. Scheinruhe und neue Probleme 1968-1991

Unter der Militärherrschaft Moussa Traorés beruhigte sich die Situation zwar etwas. Doch gelang auch diesem neuen Machthaber keine Aussöhnung mit den Tuareg. So war es kaum verwunderlich, dass diese dann in der ab 1977 wachsenden Opposition gegen Traoré eine Rolle spielten und sich in der Transitionsphase Malis hin zu demokratischen Strukturen mit einbrachten. Dazu schreibt Hanke:

„Als eine seit Gründung des Nationalstaates exkludierte Gruppe nahmen die Touareg erheblichen Einfluss auf den Transitionsprozeß. Anders als die anderen Gruppen setzten sie sich jedoch nicht für eine Demokratisierung, sondern explizit für eine Verbesserung ihrer sozialen Situation ein.“<sup>23</sup>

Die Tuareg wollten an ihrer nomadisierenden Lebensweise festhalten. Schon in der Kolonialzeit hatten sie diese zäh gegenüber den Kolonialherren verteidigt. Umso mehr taten sie dies nun gegenüber einer Regierung, die ihnen von „minderwertigen“ Volksstämmen gebildet erschien. Sie hatten sich in den ersten Jahren Traorés zu einer Parallelgesellschaft entwickelt, die solange Ruhe gab, wie sie unbehelligt blieb, also von der Zentralregierung nicht zur Mitarbeit im Staat gezwungen wurde. Für die „Ruhe“ im Norden zwischen 1969 und 1986 war indes auch die wirtschaftliche Entwicklung verantwortlich. Aufgrund zweier großer Dürren in der Sahelzone sahen sich viele Tuareg gezwungen, vorübergehend Mali zu verlassen und in relativ fruchtbarere Landstriche in Algerien und Libyen zu übersiedeln. Probleme ergaben sich erst nach dem Ende der Dürre, als die Tuareg wieder nach Mali zurückkehrten, was ab 1989 in größerer Zahl der Fall war.

Jetzt gab es „erneut gewalttätige Auseinandersetzungen mit der malischen Armee. Während die nomadisierenden Touareg früher aufgrund der ökologischen Situation eine weitestgehend autonome Versorgung vornehmen konnten, hatten die Dürren und die lange Zeit in den Flüchtlingslagern zu einer erheblichen Reduktion des Viehbestandes und der Weideflächen geführt. Die meisten der Touareg sahen sich so erheblichen Problemen der Überlebenssicherung ausgesetzt. Darüber hinaus hatten sie am meisten unter der Situation zu leiden, die auch die städtischen Schichten betraf: Der Ausschluß von klientelistischen Netzwerken. Die Touareg hatten sich jahrzehntelang gegen jede Einbindung in den Staat gewehrt und waren so weder im [sic] staatlichen Institutionen noch in zivilgesellschaftlichen Organisationen vertreten. Da sie sich seit der Kolonialzeit auch dem Schulbesuch verweigerten, der in ihren Augen nicht mit ihrem Sozialsystem vereinbar schien, besetzten sie keine Posten in der Administration, waren nicht im Staatsdienst tätig und standen so außerhalb jedes klientelistischen Netzwerkes. Damit bestand weder auf nationaler, noch auf regionaler Ebene die Möglichkeit, ihre Interessen zu artikulieren, oder diese

---

22 Ebd., S.92.

23 Ebd., S.109.



---

durchzusetzen. Zwar wurden unter Moussa Traoré zahlreiche Hilfsprogramme finanziert, die zumeist aus dem Ausland kamen und eine verbesserte infrastrukturelle Ausstattung der nördlichen Regionen zum Ziel hatten. Zwischen 1968 und 1990 wurden 161.127 Milliarden Fcfa investiert (westafrikanische Währung, am Franc orientiert, V.S.). Ein Großteil dieser Gelder versickerte jedoch in den Kanälen der staatlichen Bürokratie und den Touareg kam lediglich ein Bruchteil davon zugute. Damit stellte sich die Situation der Touareg unter Moussa Traoré womöglich noch schlechter dar, als unter Modibo Keita. (...) So kam es im Juli 1990 wiederum zu Anschlägen auf Verwaltungsposten im Norden. Diesmal handelte es sich jedoch nicht um ungezielte Aktionen, wie noch in den sechziger Jahren, sondern um eine geplante und koordinierte Rebellion. Im gesamten Land wurden Waffenlager errichtet und Netzwerke von Waffen und Munition installiert; militärische, zivile und administrative Einrichtungen gezielt beschossen. Die Armee reagierte in aller Härte und schlug die geringsten Zeichen von Widerstand gewaltsam nieder. Als Amnesty International die malische Regierung beschuldigte, öffentliche Erschießungen in Gao, Kidal und Menaka vorgenommen zu haben, dementierte diese zwar die Vorwürfe – allerdings lenkte sie ein und begann, mit den Rebellen zu verhandeln.“<sup>24</sup>

Hanke verweist auf den Mangel an Optionen, der Traoré hauptsächlich zu dieser Kompromissbereitschaft gegenüber den Tuareg veranlasste. Er sah sich innenpolitisch wachsender Kritik von studentischen Demokratieanhängern ausgesetzt und brauchte daher Ruhe an der „Tuareg-Front“.

„Die zunehmenden Proteste in der Hauptstadt banden den Rest seiner Aufmerksamkeit und einen erheblichen Teil militärischen Potentials. Die Situation in der Hauptstadt eskalierte so weit, daß sogar die Feierlichkeiten zum Unabhängigkeitstag ausgesetzt wurden. (...) Um zumindest die Situation im Norden unter Kontrolle zu bringen, wurden hastig und ohne jede Rücksicht auf deren Realisierbarkeit am 6. Januar 1991 die sogenannten Verträge von Tamanrasset unterzeichnet. Diese sahen die Entmilitarisierung des Adragebietes und die Wahlen zu einer Territorialversammlung vor, sowie die Garantie der malischen Autoritäten, 47 % der Kredite des nächsten Fünfjahresplanes für die Gebiete des Nordens zu reservieren. Dieser Vertrag und seine Versprechungen wurden jedoch niemals realisiert.“<sup>25</sup> Hanke beruft sich auf einen französischen Mali-Kenner namens Perret, der geschlussfolgert habe, „dass Moussa Traoré mit dem Vertrag vor allem daran gelegen war, den großen Teil der malischen Armee, der im Norden beschäftigt war, für die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Städten zu benutzen, denn die Unterzeichnung des Vertrages fiel auffallend mit der Verschärfung der politischen Situation in den Zentren des Landes zusammen.“<sup>26</sup>

Traoré schien dann auch davon überzeugt zu sein, die Rebellion erfolgreich beendet zu haben. Doch machten ihm die Tuareg einen Strich durch die Rechnung. Sie hielten sich nicht an den unterzeichneten Waffenstillstand. „Anstatt ihr Waffenarsenal abzubauen, stockten sie dieses auf. Es kam zu weiteren Überfällen in der Nordregion, die Tote und Verletzte zur Folge hatten. Als im

---

24 Ebd., S.110.

25 Ebd., S.110/11.

26 Ebd., S.111.

---

März 1991 Moussa Traoré verhaftet wurde, eskalierte auch die Situation im Norden und es kam erneut zu Plünderungen und Überfällen.“<sup>27</sup>

Das Fazit von Hanke lautet: „Insgesamt stellten sich die Touareg damit als eine in weiten Teilen vom politischen, kulturellen und ökonomischen System exkludierte Bevölkerungsgruppe dar. Dies betraf die Notablen, die hellhäutigen Touareg. Diese hatten in der Vergangenheit versäumt, auf den ‘Zug der formalen Bildung’ aufzuspringen, um darüber soziale Mobilität zu erreichen. So besetzen sie keine offiziellen Posten und waren auch vom Zugang zu klientelistischen Netzwerken ausgeschlossen. Sie sahen die einzige Möglichkeit, politischen Einfluß zu gewinnen, im Einsatz massiver Gewalt. Damit nahmen sie entscheidenden Einfluß auf den Transitionsprozeß, denn durch das Aufbrechen ‘zweier Fronten’ im Land wurde eine militärische Kontrolle für Moussa Traoré immer schwieriger.“<sup>28</sup>

### 3.3. Versuch einer Konfliktbereinigung: Das Tuaregproblem in der demokratischen Ära des „Pacte National“ 1991-2002

Nachdem Mali zu einem Mehrparteienstaat mit demokratischem Anspruch geworden war, bemühte sich die neue Regierung 1991 auch um eine Beilegung des Tuareg-Konflikts. „Die ehemaligen Rebellen sollten in die malische Armee übernommen werden und Posten innerhalb der öffentlichen Verwaltung besetzen. Die nördlichste Region des Landes, Kidal, die über keinerlei Ressourcen verfügte und weitestgehend von Infrastrukturen abgeschnitten war, wurde mit einer überproportionalen Anzahl von Mandaten im Parlament ausgestattet. Ein Vertreter der Touaregbewegung wurde als Minister in die Regierung aufgenommen. Die Umsetzung des Paktes erfolgte jedoch zwischen 1992 und 1994 nur sehr schleppend und in wesentlichen Teilen praktisch gar nicht. Er hatte von Beginn an einige Schwächen gezeigt und in den Jahren 1993 und 1994 verhandelten und konkretisierten Regierung und Vertreter der Touaregrebellen wichtige Teile neu. So wurde ein beim Präsidialamt angesiedeltes *Commissariat au Nord* eingerichtet, welches als direkte Anlaufstelle für alle an dem Konflikt beteiligten Gruppen dienen sollte. Nach wie vor gab es allerdings problematische Punkte. Die Integration der früheren Rebellen in die Armee stieß auf Widerstand und verzögerte sich, so daß die Rebellenbewegung bei der Versorgung ihrer Truppen unter Druck geriet. Zwar kam es zunächst nicht zu weiteren Ausschreitungen und die Situation schien sich zwischen 1992 und 1994 zu beruhigen, die Sicherheitslage verbesserte sich jedoch nicht, sondern wurde ‘undurchsichtiger und labiler.’ Als es immer wieder zu einzelnen Überfällen von Toureg kam, bildete sich im Mai 1994 aus Kreisen der im Norden lebenden schwarzen Sonrhay schließlich eine bewaffnete Volksbewegung (*Ganda Koy* – Herren des Landes), die mit Hilfe des Militärs Jugendliche an der Waffe ausbildete und weite Teile des Nordens zu ihrem Einsatzgebiet machte. In Folge einer Verfolgungsaktion der FIAA<sup>29</sup> gegen die Volksmiliz brach im Juni 1994 der Konsens zwischen der malischen Regierung, der Armee und den Rebellenbewegungen auseinander. Diejenigen der Rebellen, die bereits in die Armee integriert worden waren, verließen die Kasernen und nahmen, wenn sich ihnen die Gelegenheit bot, Waffen und Fahrzeuge mit. Zahlreiche Überfälle auf Städte und zivile Einrichtungen in der Um-

---

27 Ebd.

28 Ebd.

29 Abkürzung für Front Islamique Arab de l’Azawad, Name einer nordmalischen Rebellengruppe unter dem Kommando von Zahabi Ould Sidi Mohamed.

---

gebung folgten. Die zunehmenden Ausschreitungen führten zu einem zweiten großen Flüchtlingsstrom von Touareg in die Flüchtlingslager der Nachbarländer. In Mauretania schwoh die Anzahl der Flüchtlinge kurzfristig auf 80.000 an. Zunehmend gewann der Konflikt eine ethnische Färbung: Pogrome gegen die Rothäute (peaux rouges) - so nennt die schwarze Bevölkerung die hellhäutige Minderheit der Touareg - galten plötzlich fast als Recht der schwarzen Minderheit auf Selbstverteidigung. Während die im *Pacte National* vorgesehenen *Unités Spéciales*, die für die Sicherheit im Gebiet sorgen wollten, an chronischer Unterausstattung gelitten hatten, wurde nun im Zuge der 'Operation Faso' [Operation Hinterland, V.S.] verstärkt militärische Präsenz gezeigt und eine 'ganze Armada neuer Fahrzeuge, Schützenpanzer und Waffen aufgeföhren. Höhepunkt der Auseinandersetzung war der Angriff der FIAA auf Gao, der zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Armee führte und zahlreichen Menschen das Leben kostete."<sup>30</sup>

Als Folge dieser nun ausgerechnet unter demokratischen Gegebenheiten besonders blutigen Eskalation des Konflikts<sup>31</sup> kam es zu Sympathiebekundungen der internationalen Staatengemeinschaft zugunsten der Tuareg. So alarmierte etwa die Hilfsorganisation „Ärzte ohne Grenzen“ die Weltöffentlichkeit mit der Meldung, die Tuareg gehörten zu den zehn bedrohtesten Völkern der Welt.<sup>32</sup> Davon zeigte sich auch die Europäische Union beeindruckt: „Das Europaparlament verabschiedete eine Resolution, die die malische Regierung für ihr Vorgehen im Touaregkonflikt kritisierte. Radio France Internationale (RFI) sendete immer öfter regierungskritische Berichte und gab den Rebellenführern die Gelegenheit, ihre Vorstellungen über die französischen Antennen zu verbreiten.“<sup>33</sup>

Hanke zitiert aus einem offenen Brief der Tuareg-Führer an die internationale Gemeinschaft, der damals in Umlauf gebracht wurde und Rassismuskorwürfe gegen die schwarze Regierung in Bamako erhob: „Die Bevölkerung der Touareg muß heute für die alten Sklavenbeziehungen zwischen Notablen und Schwarzen zahlen, die die Schwarzafrikaner trotz ihrer modernen Erziehung nicht vergessen haben. Was heute in Mali existiert, ist eine Apartheid, die sich gegen die weißhäutige Bevölkerung richtet – es gibt nichts schlimmeres, als von Menschen kolonisiert zu werden, die einen tiefen Komplex haben.“<sup>34</sup>

Die von europäischer Seite unternommenen Vermittlungsversuche scheiterten an der Intransigenz beider Konfliktparteien. Von Seiten der demokratischen Regierung Malis wurden die Schlichtungsbemühungen des Europäischen Parlaments sogar als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Malis bewertet und zurückgewiesen. Es hieß, die Regierung sei im Recht, die wiederholten gewalttätigen Übergriffe einzelner Touaregrebellen nicht hinzunehmen. Für die fast

---

30 Ebd., S.165/66.

31 Eine eindringliche Schilderung dieser Bürgerkriegsphase liefert Baz Lecoq in seiner Studie „Disputed Desert“, Kapitel 6 „Rebellion: *Al-Jebha*“, S.295-363. Vgl. ähnlich auch Poulton/Youssof, *Peace of Timbuktu*, S.55-84.

32 Vgl. Tali, *Tuareg – The tragedy of a forgotten people*, S.8 der Textversion, die im Anhang beigefügt ist. Das Original im Internet hat keine Seitennummerierung.

33 Hanke, S.166.

34 Zit. nach: Ebd.

---

mythologische Überhöhung der Tuaregs durch die Europäer, die in ihnen angeblich „einen blauen Ritter der Wüste“ sahen, hatten Malis Minister kein Verständnis.<sup>35</sup>

„Um eine Beilegung der Auseinandersetzung mit dem Europäischen Parlament zu erreichen, reiste der Parlamentspräsident Ali N'Diallo im Dezember 1994 schließlich nach Europa. In einer Rede vor dem Europaparlament erklärt[e] er die wesentlichen Inhalte des *Pacte National*, die Schwierigkeiten der Umsetzung und warb für Verständnis für die besondere Situation im Norden Malis, die eine effektive Durchführung des Friedensplanes erschwerte. Gleichzeitig lud er die Parlamentarier ein, sich in Mali selbst ein Bild von der Situation zu machen. In Folge dieser sehr positiv aufgenommenen Rede reiste eine Delegation europäischer Abgeordneter Anfang 1995 tatsächlich nach Mali. Sie räumten ein, daß sich die Situation komplexer darstelle als angenommen und versprachen die sofortige Bereitstellung von 162 Millionen ECU für eine effektive Umsetzung des *Pacte Natonal*.“<sup>36</sup>

Unterdessen ergriffen die Hauptkonfliktparteien im Norden Malis die Initiative. Unter der Entwicklung zusehends leidend und im Bewusstsein, mit der Zentralregierung kaum ein Arrangement zustande zu bringen, schlossen die gegnerischen Sonrhay und Tuareg auf eigene Faust einen Waffenstillstand im April 1995. „Die Regierung, die von diesem Prozeß zunächst überrascht wurde, beobachtete und unterstützte diese Aktivitäten, ohne zu intervenieren. Zunehmend bereitete sie dabei die Rahmenbedingungen für eine friedliche Beilegung des Konfliktes. Im Frühjahr 1995 wurde die 'Operation Faso' beendet. Ein Großteil des Militärs wurde aus der nördlichen Region abgezogen. Delegationen wurden in den Norden entsandt, die die Umsetzung der Dezentralisierung vorbereiten und die Bevölkerung sensibilisieren sollten, um ein friedliches Zusammenleben zu gewährleisten. Der Verteidigungsminister wechselte die *Commandants de Cercle* und die *Chefs d'Arrondissements*, sowie Befehlshaber und Mannschaften der Nationalgarde und der Gendarmerie aus. Damit zog er viele Mitwisser und Mittäter aus dem Verkehr, die oft genug an Repressalien und Plünderungen aktiv beteiligt gewesen [waren] und von dem andauernden Konflikt profitiert hatten.“<sup>37</sup>

Zum Engagement der malischen Regierung gehörte auch die Durchführung eines Runden Tisches in Timbuktu im Juli 1995, der zahlreiche Vertreter zivilgesellschaftlicher Gruppen und der Flüchtlinge selbst zusammenbrachte. „Damit wurde vor den Augen der Bevölkerung der ernsthafte politische Wille zum Wiederaufbau und zur Versöhnung dokumentiert. Diesem folgte die spektakuläre Waffenverbrennung ('Flamme de la Paix') in Timbuktu, die im März 1996 stattfand und bei der rund 3.000 von den Rebellen abgegebene Waffen verbrannt wurden. Gleichzeitig kündigten die Rebellenbewegungen ihre Selbstaflösung an. Ende 1995 war die Mehrzahl der früheren Rebellen entwaffnet und in vier Lagern zusammengefaßt, um ihre Integration vorzubereiten.“<sup>38</sup>

---

35 Vgl. ebd.

36 Ebd., S.167.

37 Ebd.

38 Ebd., S.167/68.

Die Regierung machte im Folgenden mit ihrem Bekenntnis zur Dezentralisierung ernst und brachte markante institutionelle Reformen auf den Weg. „In jeder der drei Regionen des Nordens unterhielt das *Commissariat au Nord* eine kleine bewegliche Mannschaft, die *équipes mobiles*. Diese verfügten über ein eigenes Budget und eigene Infrastrukturen und hatten die Aufgabe, die sogenannten *Collèges Transitoires d'Arrondissements* (CTA) einzurichten, eine Vorform der im Rahmen der Dezentralisierung vorgesehenen Gemeinderäte. Gleichzeitig sollten sie die Bevölkerung sensibilisieren und mobilisieren, um eine friedliche Koexistenz zu gewährleisten.“<sup>39</sup>

Die Regierung hoffte auf Selbstorganisationsprozesse der betroffenen Bevölkerung und verzichtete auf den früher üblichen Interventionismus, der viel zur wiederholten Rückkehr des Rebellengeistes im Norden beigetragen hatte. „Lokale Verwaltungskomitees konnten eigenständige Entscheidungen treffen und sich in Selbstverwaltung üben, die für die meisten Gruppen ungewohnt war. Nicht nur die dörflichen Organisationsstrukturen wurden zur Konfliktlösung genutzt, sondern auch die Vermittlungen von nationalen wie internationalen Nichtregierungsorganisationen wie GTZ, UNHCR (...).“<sup>40</sup>

Die Zukunftsaussichten nach diesem Erfolg schienen gut, und es begann eine längere Phase der Stabilität. „Seit den Friedensfeierlichkeiten im März 1996 fanden keine Übergriffe mehr statt, der Großteil der Flüchtlinge kehrte zurück, und wesentliche Teile der ehemaligen Kämpfer konnten in die malische Armee integriert werden.“<sup>41</sup>

#### **4. Eine neue Dimension: Wiederaufflammen des Konflikts und Überlagerung mit dem Problem des Islamismus 2002-2012**

##### 4.1. Die Veränderung der „Mentalitäts“-Lage in Mali nach dem 11. September 2001

Eine der besten Kennerinnen der politischen Verhältnisse Malis, wie sie sich in den letzten zehn Jahren herausgebildet haben, ist Annette Lohmann. Sie leitet das Auslandsbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bamako und ist mit den Gegebenheiten des Landes vertraut. Sie schreibt in einem aktuellen Aufsatz, dass trotz des vielversprechenden Friedensschlusses von 1996 Spannungen zwischen den Tuareg und dem Rest der Stämme Malis fortbestanden. Die Westafrika-Expertin macht darauf aufmerksam, dass das Wiederaufflammen des Konflikts nach 2002 auch damit zu tun hatte, dass die nach dem Anschlag auf das World Trade Center spürbare Aktivitäts- und Propagandazunahme islamistischer Kreise auch das mehrheitlich muslimische Mali erfasste, der bisher rein ethnische Konflikt nun also um eine konfessionelle Dimension erweitert wurde, die als Problemverstärker zu betrachten ist. Dennoch führte kein direkter Weg zum Aufstand von 2012. Es gab im Gegenteil unter der 2002 installierten neuen Regierung Amadou Toumani Tourés fortgesetzte Bemühungen um Aussöhnung. Diese mündeten 2006 in ein Friedensabkommen mit den Tuareg, das an die Beschlüsse von 1996 anknüpfte und eine tragfähige Basis für nunmehr endgültige friedliche Koexistenz zu sein schien. Doch erwies sich diese Hoffnung als trügerisch. Unter dem Einfluss der sog. Arabellion des Jahres 2011 erhitzen

---

39 Ebd., S.168.

40 Ebd.

41 Ebd.

---

sich die Gemüter der ehemaligen Konfliktparteien erneut, und die Streitigkeiten brachen mit noch größerer Heftigkeit wieder aus.

Die Suche nach einer friedlichen Lösung wird mittlerweile auch durch die Ausdifferenzierung der Tuareg-Rebellen in verschiedene rivalisierende Gruppen erschwert, die es unklar erscheinen lässt, mit wem überhaupt verhandelt werden muss. „Seit Januar [2012, V.S.] hatten im Norden Malis zwei verschiedene Tuareg-Rebellengruppen Städte angegriffen. Nach dem Krieg in Libyen waren Tuareg-Kämpfer mit ihren Waffen nach Mali gelangt. (...) Viele Soldaten [der malischen Armee, V.S.] desertierten, die Tuareg unter ihnen schlossen sich teilweise den Rebellen an. Somit konnten diese innerhalb nur weniger Tage widerstandslos alle größeren Städte im Norden einnehmen. Am 6. April rief eine der Rebellengruppen, die MNLA (Nationale Bewegung zur Befreiung des Azawad), den unabhängigen Staat ‘Azawad’ aus, der jedoch keinerlei internationale Anerkennung erhält.“<sup>42</sup>

Lohmann betont, dass trotz der langen Vorgeschichte des Tuareg-Konflikts die aktuelle Auseinandersetzung „weniger in der Tradition der vergangenen Kämpfe für mehr Selbstbestimmung [steht].“ Sie hat vielmehr einen gänzlich neuen Charakter angenommen, dessen zunehmende Komplexität einer Problemlösung hinderlich sein dürfte. So kommt neben der religiösen Dimension nun auch noch allgemeine Kriminalität als Brandbeschleuniger hinzu. Lohmann schreibt: „Die Region [der Tuareg, V.S.] ist traditionell ein Durchgangsgebiet für viele illegale Handelsströme wie Drogen-, Waffen- oder Menschenhandel von West- über Nordafrika nach Europa. Im Norden Malis, aber auch in Teilen der Nachbarstaaten, ist ein ‘rechtsfreier Raum’ ohne staatliche Präsenz entstanden. Grenzen existieren nur auf dem Papier. Davon profitieren verschiedene Akteure, die Tuareg sind da nur eine Gruppe.“<sup>43</sup> Weiter schreibt sie: „Vor allem der Schmuggel von Drogen aus Lateinamerika und Afghanistan durch die Sahara hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) zufolge hat sich alleine der Kokainschmuggel durch die Region seit 2004 verdreizehnfacht. Auch der Schmuggel von Heroin hat deutlich zugenommen. Viele Akteure sind daran interessiert, dass der Norden Malis weiterhin einer staatlichen Kontrolle entzogen bleibt. Es ist daher kein Zufall, dass die Rebellion Anfang dieses Jahres begann: In den Monaten zuvor hatte der malische Staat begonnen, seine Präsenz im Norden auszubauen.“<sup>44</sup>

#### 4.2. Haltung der Tuareg zur aktuellen Rebellion

Nach Lohmanns Einschätzung sind die Rebellen auch innerhalb der Tuareg nur eine kleine Minderheit und finden keine breite Unterstützung. „Im Norden Malis sind die Tuareg zwar die größte Bevölkerungsgruppe, stellen aber nicht die Mehrheit der Bevölkerung. Die Angehörigen der anderen Gruppen und auch die meisten Tuareg wünschen sich keinen Staat ‘Azawad’, für den es weder ein geographisches noch ein historisches Vorbild gibt. Öffentlich wird argumentiert, Mali sei unteilbar, man fühle sich als Malier. Und ‘Azawad’ bezeichnet in Mali

---

42 Ebd.

43 Ebd.

44 Ebd.

---

lediglich die Region um Timbuktu; die Rebellen definieren hingegen ihren ´Staat Azawad´ als Gebiet, das die drei Nordregionen Malis umfasst.“<sup>45</sup>

Nach Einschätzung von Kennern der Region muss die Mehrheit der Tuareg, die nicht hinter der Rebellion steckt, genauso zu deren Opfern gerechnet werden wie die anderen Gruppen, was eine vereinfachte Schuldzuweisung an die Tuareg im Allgemeinen verbietet.<sup>46</sup>

„Hinzu kommt, dass die Angst vor Vergeltungsakten sowie vor der zunehmenden Präsenz islamistischer Akteure viele Tuareg in die Flucht treibt. Schätzungsweise sind gegenwärtig bis zu 350.000 MalierInnen intern vertrieben oder auf der Flucht.“<sup>47</sup>

Auch in den Nachbarstaaten, die vom Tuareg-Konflikt mit betroffen sind, dominiert Skepsis gegenüber den Aktionen der Rebellen. Auch dort leben Tuareg, die dort allerdings meistens besser integriert sind und nun Nachteile bei einer grenzüberschreitenden Eskalation des Konflikts fürchten. Lohmann schreibt: „Die Tuareg in Niger haben die Ausrufung des Staates ´Azawad´ mit deutlichen Worten abgelehnt. Dennoch ist Nigers Regierung nervös und hat die Sicherheitskräfte an der Grenze zu Mali verstärkt. In Algerien steht weniger die Sorge vor einem Übergreifen der Rebellion im Vordergrund als vielmehr die Angst vor einem Erstarren islamistischer Akteure in Nord- und Westafrika.“<sup>48</sup>

#### 4.3. Radikale Zusammenkünfte

„Neben den Rebellen der MNLA sorgt eine zweite Tuareg-Rebellengruppe für Aufsehen. Mit ´Ansar Dine´ (Verteidiger des Glaubens) hat sich erstmals eine Tuareg-Gruppe gebildet, die ideologisch der Terrorgruppe AQMI (Al Qaida au Maghreb Islamique) nahe steht. Ansar Dine wird von Iyad Ag Ghaly geführt, einem ehemaligen Tuareg-Rebellen, der sich während eines Aufenthaltes in Saudi-Arabien radikalisierte. Diese Gruppe fordert die Einführung der Scharia und hat diese teilweise auch bereits umgesetzt. Letztlich nutzt sie die Religion aber als Vehikel zur Machtausübung und ist vermutlich ebenfalls in den illegalen Schmuggel verwickelt.“<sup>49</sup>

Lohmann betont, dass das Verhältnis von Ansar Dine zu den Rebellen der MNLA sich in den vergangenen Monaten laufend verändert habe. „Nach einer Phase der Kooperation zu Beginn der Kämpfe folgte eine Abgrenzung vor allem seitens der MNLA, die damit ihre säkulare Ausrichtung unterstreichen wollte. Ende Mai kam es dann zu einer erneuten Annäherung, die Fusion von MNLA und Ansar Dine schien beschlossen. Beide Gruppen hatten sich auf einen Staat ´Azawad´ geeinigt, der islamisch ausgerichtet sein sollte. Die gemeinsame Abschlusserklärung wurde dann jedoch von der MNLA nicht unterzeichnet, da sie die strikte Anwendung der Scharia ablehnt. Auch ist es zu einer weiteren Annäherung zwischen Ansar Dine und AQMI gekommen – obwohl

---

45 Ebd.

46 Vgl. ebd.

47 Ebd.

48 Ebd.

49 Ebd.

---

die MNLA die Bedingung gestellt hatte, dass sich Ansar Dine von AQMI distanzieren müsse, weil sie nicht mit internationalem Terrorismus assoziiert werden will.“<sup>50</sup>

Zur Entstehung von AQMI schreibt Lohmann, dass dieser Al Qaida-Ableger ursprünglich aus den Salafisten im algerischen Bürgerkrieg hervorgegangen ist, mittlerweile aber auch in Westafrika Fuß gefasst hat, wobei sich der religiösen Grundmotivation längst eine erstaunliche Bereitschaft zu rein-weltlichen Betätigungen beigesellt hat: „Die Gruppe ist in illegale Geschäfte involviert und kontrolliert vor allem die Routen für den Drogenschmuggel durch die Sahara. International bekannt geworden ist AQMI seit 2005 durch die Entführung westlicher AusländerInnen im Ländereck Algerien-Mali-Niger.“<sup>51</sup>

Lohmann betont die Rivalität der verschiedenen Tuareg-Gruppierungen und warnt vor Pauschalisierungen. „Neben den Tuareg-Rebellen der MNLA und Ansar Dine spielt AQMI eine zunehmend wichtige Rolle im Norden Malis und ist im Zuge der Machtübernahme durch die Rebellen gestärkt worden. Die Führer können sich mittlerweile problemlos bewegen und offen zeigen. Zudem sind weitere bewaffnete islamistische Gruppen aus Nigeria sowie anderen Ländern der Region in den Norden Malis geströmt. Es besteht die Gefahr, dass sich ein Sammelbecken für verschiedene islamistische Bewegungen bildet, was zu einer Ausweitung der Kriminalität sowie der Verbreitung und Durchführung internationaler terroristischer Aktivitäten führen kann. Dies gefährdet massiv die Sicherheit der gesamten Region. Hinzu kommt eine zunehmende internationale Vernetzung AQMIs. So gibt es Hinweise auf Kontakte mit anderen Terrorgruppen wie Al-Shahab in Somalia und vor allem Boko Haram in Nigeria. Im Jahr 2010 wurde ein Kooperationsabkommen zwischen AQMI und Boko Haram geschlossen, das unter anderem die Ausbildung von Mitgliedern von Boko Haram durch AQMI vorsieht. Bereits seit 2006 haben Mitglieder von Boko Haram von AQMI Trainings in Algerien und Mali erhalten.“<sup>52</sup>

#### 4.4. Fazit

Annette Lohmann glaubt, dass sich bislang keine offensichtliche Lösung für den Norden Malis abzeichnet. „Die Economic Community of West African States (ECOWAS) erwägt bereits seit dem Putsch eine militärische Intervention im Norden Malis. Auch die African Union (AU) diskutiert inzwischen eine militärische Option. Eine solche wäre jedoch nicht ohne internationale Unterstützung umsetzbar und wirft schwerwiegende logistische wie politische Probleme auf. Eine ausländische Intervention würde zudem auf große Ablehnung sowohl der politischen AkteurInnen wie auch der Gesellschaft Malis stoßen, da viele weiterhin an der Hoffnung festhalten, dass die malische Armee das Problem im Norden lösen kann.“<sup>53</sup>

Die Hoffnung ausländischer Betrachter, sich unter den Tuareg Verbündete zu suchen und im Kampf gegen die Islamisten auf die MNLA bzw. das Bündnis MNLA und Ansar Dine zu setzen, ist laut Hohmann zwar nicht gänzlich verfehlt, birgt aber hohe Risiken: „Die MNLA vertritt

---

50 Ebd., S.6-7.

51 Ebd.

52 Ebd.

53 Ebd.



---

keine breite politische Bewegung, sondern stellt eine radikale Minderheit dar. Politische Verhandlungen über Autonomie würden moderate Tuareg sowie andere Gruppen im Norden isolieren und frustrieren und könnten die Bildung von Milizen begünstigen. Bei den vorangegangenen Tuareg-Rebellionen wurde bereits mehrfach der Fehler gemacht, andere ethnische Gruppen nicht einzubeziehen oder verschiedene Tuareg-Klans gegeneinander auszuspielen. Dies verschärft inter- und inner-ethnische Konfliktlinien und erweckt den Eindruck, dass nur diejenigen etwas politisch gewinnen können, die militärisch dafür kämpfen. Zugeständnisse könnten sowohl andere Ethnien im Norden Malis als auch Tuareg in den angrenzenden Ländern ermutigen, ebenfalls für Sonderrechte zu kämpfen.“<sup>54</sup> Damit aber würde der militärische Konfliktaustrag perpetuiert statt eingedämmt, was die schlechteste Lösung überhaupt wäre.

## 5. Literaturanhang

Zur vertiefenden Lektüre sind folgende Aufsätze der Ausarbeitung beigelegt:

Klute, Georg (1995), Der Tuaregkonflikt in Mali und Niger, in: Jahrbuch Dritte Welt...Daten, Übersichten, Analysen, 1996 (1995), S.146-161.

Tanchum, Micha'el (2012), Al-Qaida's West African advance: Nigeria's Boko Haram, Mali's Touareg, and the spread of Salafi Jihadism, in: The Israel journal of foreign affairs, 5, 2, S.75-90.

Tari, Mohand Salah (2002), Tuareg – The tragedy of a forgotten people, Internetartikel, auch online abrufbar unter: [http://www.amazighworld.org/studies/articles/forgotten\\_poeple.php](http://www.amazighworld.org/studies/articles/forgotten_poeple.php) (letzter Aufruf am: 08.11.2012).

## 6. Sonstige Literatur

Boe, Sebastian (2012), Separate ways: rebels seize control of northern Mali, in: Jane's intelligence review, 24, 6, S.30-33.

Berlin bereitet sich auf Vermittlerrolle in Mali vor, Artikel in der FAZ vom 02.11.2012, S.1.

Dayak, Mano (1996), Die Tuareg-Tragödie. Aus dem Französischen von Sigrid Köppen. Mit einem Nachwort von Michael Stührenberg, Bad Honnef: Horlemann-Verlag.

Göttler, Gerhard (1989), Die Tuareg: kulturelle Einheit und regionale Vielfalt eines Hirtenvolkes, Köln: DuMont.

Grütjen, Klaus (1997), Die Verfassung der Dritten Republik Mali vom 25. Februar 1992 – fortentwickelnde Verfassungsgebung nach französischem Vorbild. Textanhang: Verfassung der Republik Mali (1992), in: Häberle, Peter (Hrsg.), Jahrbuch des Öffentlichen Rechts der Gegenwart, Neue Folge, Bd. 45, S.699-726, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).

Hanke, Stefanie (2001), Systemwechsel in Mali. Bedingungen und Perspektiven der Demokratisierung eines neopatrimonialen Systems, Hamburg: Institut für Afrika-Kunde.

Heinrich, Frank (2011), Afrika wieder zum Thema machen. Rede zur Subsahara vom November 2011, online abrufbar unter:

[http://www.cducsu.de/Titel\\_rede\\_afrika\\_wieder\\_zum\\_thema\\_machen/TabID\\_1/SubTabID\\_2/InhaltTypID\\_2/InhaltID\\_20358/Inhalte.aspx](http://www.cducsu.de/Titel_rede_afrika_wieder_zum_thema_machen/TabID_1/SubTabID_2/InhaltTypID_2/InhaltID_20358/Inhalte.aspx) (letzter Aufruf am 09.11.2012).

Hicks, Celeste (2012), Desert storm: AQIM and Tuareg rebels in the Sahel, in: Jane's intelligence review, 24, 6, S.8-13.

Klute, Georg (1990), Die Revolte der Iŝumay, in: Scheffler, Thomas (Hrsg.), Ethnizität und Gewalt, Hamburg: Deutsches Orient-Institut, S.134-150.

König, Claus-Dieter (2012), Chaos in Mali: Das Militär putscht, die Rebellen jubeln, in: Welt-Trends: Zeitschrift für internationale Politik, 20, 84, S.17-20.

Krauss-Poetz, Renate (2012), Schwierige Demokratisierung. Mali – das Machtvakuum im Süden oder: der Putsch ist nicht das Problem, in: Forum Kommune: Politik, Ökonomie, Kultur, 30, 4, S.52-56.

Lecocq, Baz (2010), Disputed Desert. Decolonisation, Competing Nationalisms and Tuareg Rebelions in Northern Mali, Leiden/Boston: Brill.

Limam, Ziad et al. (2003), Mali – voyage au pays de l'or blanc, in: Jeune Afrique l'intelligent: hebdomadaire politique et économique international, 44, 2231, S.51-74.

Lohmann, Annette (2012), Nach dem Militärputsch: Malis Norden zwischen Tuareg-Rebellion, Islamismus und Kriminalität, in: Iz3w: Informationszentrum 3. Welt, 331, S.6-7.

Lohmann, Annette (2010), Who owns the Sahara? Old conflicts, new menaces: Mali and the Central Sahara between the Tuareg, Al Qaida and organized crime, Publikation der Friedrich-Ebert-Stiftung, Regional Büro Abuja, Ausarbeitung online abrufbar unter <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/nigeria/08181.pdf> (letzter Aufruf am 05.11.2012).

Mali-Versteher, Kommentar in der FAZ vom 02.11.2012, S.10.

Marfaing, Laurence (2012), Mali: Die andere chinesische Migration, in: GIGA-focus, 12, S.1-8.

Poulton, Robin-Edward/Youssouf, Ibrahim ag (1998), A Peace of Timbuktu. Democratic Governance, Development and African Peacemaking, Veröffentlichung der UNIDIR (United Nations Institute for Disarmament Research Geneva), Genf: United Nations.

Regierung schließt Mali-Einsatz nicht aus, Artikel im Hamburger Abendblatt vom 5. November 2011, online abrufbar unter:

<http://www.abendblatt.de/politik/deutschland/article110616182/Regierung-schliesst-Mali-Einsatz-nicht-aus.html> (letzter Aufruf am 6. November 2012).

Robert, David/Heuer, Corinna (2007), Es ist nicht alles Gold, was glänzt: Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Mali, in: KAS-Auslandsinformationen, 23, 6, S.99-117.

Seely, Jennifer C. (2001), A political analysis of decentralisation: coopting the Tuareg threat in Mali, in: *The journal of modern African studies: a quarterly survey of politics, economics & related topics in contemporary Africa*, 39, 3, S.499-524.